

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 039 | 13.10.2023

Deutschland aus der Baukrise führen!

Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen“

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Sitzungswoche des Deutschen Bundestags steht im Zeichen der Welle des Terrors, die Israel seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktobers erschüttert. Mehr als 1.000 Israelis wurden durch die Terrororganisation Hamas ermordet, tausende Menschen sind verletzt und eine noch unbestimmte Anzahl an Geiseln wurde nach Gaza verschleppt.

In der Fraktionssitzung am Dienstag begrüßten wir S.E. Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in Deutschland. Am gestrigen Donnerstag fand eine Regierungserklärung zur Lage in Israel mit anschließender Aussprache statt. In diesem Zusammenhang hat der Deutsche Bundestag einen gemeinsamen Entschließungsantrag der Ampel-Fraktionen und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen, in welchem die Solidarität mit Israel zum Ausdruck kommt. Hier der Text: [KLICK](#)



Die Sicherheit Israels ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Staatsräson. Wir verurteilen den abscheulichen und menschenverachtenden Terrorangriff der Hamas auf den Staat Israel und seine Bevölkerung. Wir trauern gemeinsam mit den Familien der Opfer.

Die israelische Bevölkerung hat ein Recht darauf, frei von Terror, Angst und Gewalt zu leben. Wir stehen mit voller Solidarität an der Seite des Staates Israel und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Dazu zählt selbstverständlich, dass wir Israel bei der Ausübung seines völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung zur Seite

stehen.

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat Israel, zu der ich mich auch persönlich rückhaltlos bekenne!

Dazu gehört auch unmissverständlich klarzumachen, dass denjenigen, die auf den Straßen Deutschlands Gewalt gegen Zivilisten und die Ermordung unschuldiger Kinder, Frauen sowie Männer zelebrieren, mit der vollen Härte des Rechtsstaats begegnet wird. Ich sage sehr deutlich: **Die Verherrlichung von Gewalt ist nicht durch die Meinungsfreiheit im Sinne des Grundgesetzes gedeckt.** Die beschämenden Vorgänge auf den Straßen Berlin-Neuköllns und auch andernorts müssen unverzüglich aufgeklärt und strafrechtlich geahndet werden. Nichtdeutsche Staatsbürger, die rechtskräftig verurteilt werden, müssen des Landes verwiesen werden.



Schweigeminute am 11.10.2023

Wer die gesamte Debatte vom Donnerstagmorgen anhören und ansehen möchte, wird hier fündig: [KLICK](#)

Bezahlkarten einführen – Sachleistungsprinzip konsequent umsetzen

Der aktuelle Flüchtlingszustrom bringt Deutschland an seine Belastungsgrenze.

Ich selbst erlebe es in Gesprächen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern meines Wahlkreises immer wieder:

Unsere Kommunen sind mit der aktuellen Situation überfordert. Gleichzeitig nimmt die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme weiterer Asylsuchender zunehmend ab. Wir wollen die Anreize für eine ungesteuerte Migration nach Deutschland senken.

Die hohen Sozialleistungen für Asylbewerber sind ein Grund, der dazu beiträgt, dass übermäßig viele Asylsuchende einen Aufenthalt in Deutschland gegenüber einem Aufenthalt in einem anderen EU-Mitgliedsstaat bevorzugen.



Um Anreize zu verringern, sollten Bargeldzahlungen von Leistungen so weit wie möglich vermieden werden. Sofern möglich sollten deshalb Leistungen in erster Linie als Sachleistungen für die Leistungsberechtigten angeboten werden. Mit [unserem Antrag](#) – den wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben – greifen wir deshalb einen Vorschlag aus dem Freistaat Bayern auf, für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eine bargeldlose Bezahlkarte einführen. Somit wird eine angemessene, praktikable und gerechte Balance zwischen Sach- und Geldleistungen geschaffen, die eine Basis für eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft sein kann. Gleichzeitig wäre die Einführung einer solchen Bezahlkarte eine konsequente Weiterentwicklung des Sachleistungsprinzips.

Der Vorschlag findet auch weitere Zustimmung: 69 Prozent der Deutschen sind laut einer INSA-Studie dafür, dass Asylbewerber eher Sach- statt Geldleistungen erhalten.

Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuereffektivität (Wachstumschancengesetz)

Mit dem Gesetzentwurf – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – möchte die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, die die Liquiditätssituation der Unternehmen verbessern und Impulse setzen, damit Unternehmen dauerhaft mehr investieren und mit unternehmerischem Mut Innovationen wagen können. Dies sei wichtig, um die Transformation unserer Wirtschaft zu begleiten sowie die Wettbewerbsfähigkeit, die Wachstumschancen und den Standort Deutschland zu stärken.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung geht aus unserer Sicht im Grundsatz in die richtige Richtung – aber natürlich in nahezu allen Bereichen nicht weit genug, um die aktuelle Abwärtsspirale aufzuhalten. Im parlamentarischen Verfahren werden wir weitreichende Verbesserungsvorschläge einbringen!

Gesetzeswelle im Gesundheitsbereich rollt an!

Fünfzehn (15!) neue Gesetze für den Gesundheits- und Pflegebereich kündigte Gesundheitsminister Lauterbach diese Woche im Haushaltsausschuss an:

- Vier Strukturgesetze zu den Krankenhäusern,
- vier Gesetze zur Digitalisierung (elektronische Patientenakte; ein Gesetz zur Erleichterung der Datennutzung für die Forschung, ein Gesetz zur nationalen Agentur für digitale Medizin (Gematik GmbH) und ein Forschungsgesetz),
- zwei Gesetze zur ambulanten Versorgung (vor allem im ländlichen Raum und für Studierende in diesem Bereich),
- ein Cannabis-Freigabegesetz,

- zwei Präventionsgesetze (mit einer neuen Bundesbehörde und zur Herz-Kreislauf-Prävention) und
- zwei Pflegegesetze (mit Ausweitung der Kompetenzen für Pflegekräfte inklusive Abrechnungsmodalitäten).

Die dafür nötigen Ausgaben sind übrigens **nicht** im bisherigen Haushaltsentwurf 2024 enthalten. Bis Mitte November kann der Minister noch nacharbeiten. Mal sehen, ob diese Gesetzeswelle mehr ist als ein PR-Gag...

Video der Woche



Zwei Themen prägten diese Sitzungswoche: Der Terror der Hamas gegen Israel und die Lehren aus den Landtagswahlen am vergangenen Wochenende.

Meine Meinung hier: [KLICK](#)

Zitat der Woche

«Es gibt für diesen feigen und abscheulichen Exzess der Gewalt keinerlei Rechtfertigung. Israel reagiert auf diesen Terror im Rahmen seines völkerrechtlich verbrieften Rechts auf Selbstverteidigung. Wir wünschen dem Staat Israel, dass er sein Selbstverteidigungsrecht eben mit Stärke und Gerechtigkeit ausübt. Der Unterstützung des Deutschen Bundestags kann sich Israel dabei sicher sein.»

*Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende **Friedrich Merz** MdB am Donnerstag in der Aussprache zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers zum Terror gegen Israel.*

Berlin, Berlin! Wir fahren nach Berlin!



BPA-Fahrt III – der Musikverein Spraitbach



BPA-Fahrt IV – DRK Degenfeld & Politisch Interessierte



Der Kreistag des Rems-Murr-Kreises; angeführt vom Landrat Dr. Richard Sigel